

WINTERSYNODE vom 1. - 3. Dezember 2008

Traktandum 23



Reformierte Kirchen
Bern-Jura-Solothurn
Eglises réformées
Berne-Jura-Soleure

Dringliches Postulat Peter Winzeler und André Urwyler zur Finanzplatzkrise; Beschluss

Anträge:

1. Der Synodalrat wird von der Synode ermutigt, die Konsequenzen seines Engagements und eingegangener Verpflichtungen zu ziehen, die Accra-Konfession des Ref. Weltbundes öffentlich und im Rahmen des SEK zu bekräftigen und den „Bund der Solidarität“ nun auch in weltwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Programmen zu verstärken (s. AGAPE-Programm des ÖRK: Alternative Globalization Addressing People and Earth).
2. Der Synodalrat setzt eine Suchgruppe als Stosstrupp (Task force) ein und erstattet der Synode in Zweijahresfrist Bericht.

Ausgangslage:

Die akute Finanzplatzkrise setzt ein Zeichen der Zeit, das nicht aus heiterem Himmel wie ein „Tsunami“ (Alan Greenspan) hereingebrochen ist. Sie ist eine Folge des losen (ungedeckten) Geldes, der Privatisierung von öffentlichen Gütern und von gesetzgeberischen Massnahmen zur Deregulierung von Boden-, Kapital- und Arbeitsmärkten, die als für das Gemeinwohl heilsam angepriesen und allgemein in den öffentlichen Rang von neoliberalen Glaubensartikeln erhoben wurden.

Nach einer Kette einschneidender Sparmassnahmen, die auch von den Kirchen solidarisch mitgetragen wurden, haben die immensen staatlichen Bürgschaften den Menschen nun aber buchstäblich die Sprache verschlagen.

Der Synodalrat hat in der Policy zur „Globalisierung der Gerechtigkeit“, im Beitritt zur Ökumenischen Charta der europäischen Kirchen, in der mitinitiierten Deklaration zum Wasser als Menschenrecht, wie in Folge der Synodenresolution zur Porto Alegre (2006) sich zu einer andern Sprache der weltweiten Kirche bekannt, welche das „neoliberale“ Finanz- und Weltwirtschaftssystem als Götzendienst erkennt, der mit dem Dienst am Wort Gottes, das Jesus Christus heisst, so nicht vereinbar ist (Accra 2004).

Konkretisierungen, Aufgaben:

I. Die Finanzplatzkrise ist nicht nur eine Krise der Finanzwelt, sondern des öffentlichen und theologischen Sprachgebrauchs, der die Verantwortung des Menschen vor Gott an die Märkte delegierte. Der Synodalrat ist beauftragt, in Wort und Tat seiner Organe und Pfarrschaften sichtbar zu machen, dass der Staat „nach göttlicher Anordnung die Aufgabe“ hat, im Gemeinwesen „für Recht und Frieden zu sorgen“ (Barmer Bekenntnis 1934), den Finanzmärkten ethische und rechtliche Grenzen zu setzen, öffentliche Dienste am Leben zu erhalten, vorbildliche Arbeitsverträge, existenzsichernde Löhne, moralische Zinsen, verantwortliche Haushaltung, sozial und ökologisch nachhaltige Investitionen im Dienste des Gemeinwesens ins Werk zu setzen.

II. Die Finanzplatzkrise ist nicht nur eine moralische Wirtschaftskrise, die sich am Finanzgebaren von Managern festmachen liesse, sondern eine Krise der globalen Ungleichgewichte von realer Wertschöpfung (durch Arbeit) und papierener, fiktiver Kapitalwerte bzw. verstaatlichter Schulden, welche die ärmsten Teile der Weltbevölkerung am härtesten treffen. Die hungernde Welt leidet an privaten und verstaatlichten Schulden von eben solchen 3000 Mrd Dollar, die längst hätten erlassen oder – nach Massgabe der kirchlichen und eidgenössischen Entschuldungsprogramme (seit 1991) - in soziale und ökologische Gegenwertfonds (zur Stützung von Binnenmärkten und sozialen Netzwerken) hätten konvertiert werden sollen.

Suchgruppe und Synodalrat werden ermutigt, diese kompensatorischen Forderungen in die laufende politische Finanzdebatte einzubringen und im Verein mit den Hilfswerken Wege aufzuzeigen, wie an den UNO-Entwicklungszielen dennoch festgehalten werden kann.

III. Die Finanzplatzkrise ist nicht auf „notleidende Kredite“ beschränkt. Sie tangiert die bedarfsdeckenden Kreisläufe der Volkswirtschaften und die humane Verantwortung für nachhaltige Wertschöpfungsketten von Landbau, Energie- und Bauwirtschaft, Industrien, Arbeit und Konsum. Synodalrat und Suchgruppe werden verpflichtet, die notleidenden Menschen in den Mittelpunkt des Umdenkens zu stellen, der Sicherung des Grundbedarfs den ethischen Vorrang einzuräumen und Kirchengemeinden zu ermutigen, nicht passive Zuschauer zu sein, sondern zu spirituellen, bewusstseinsbildenden und diakonischen Zentren der Umkehrbewegung zu werden.

IV. Die Finanzplatzkrise wird auf die (Kirchen-)Steuerzahlenden zurückschlagen. Die Suchgruppe soll ein volksnahes Argumentarium erarbeiten, das verunsicherten Gemeindemitgliedern hilft, die volle Tragweite kirchlichen Lebens und solidarischer Institutionen, Ämter und Dienste zu erkennen.

Nach dem 16.10. 2008

Peter Winzeler, Biel
André Urwyler, Köniz